

(2. Ordner Brost.)

(A) Regierung sein muß und Aufgabe der Regierung sein muß in einem Tempo, das über das bisherige hinausgeht. Ich habe mit gutem Grunde in meiner Begründung gesagt, daß wir Verordnungen gegenüber mit einem gewissen Mißtrauen erfüllt sind, daß wir wünschen, eine gewisse Mitbeteiligung möge geschaffen werden, eine gewisse Mitbeteiligung der Nächstbeteiligten durch ihre Organisationen. Ich würde mich freuen, wenn wir in dem Ausschusse darauf zurückkommen könnten. Herr Kollege Dr. Roth hat mich bevollmächtigt zu erklären, daß die Amtshauptmannschaft, von der ich vorhin sprach, die Amtshauptmannschaft Rochlitz ist und daß das, was ich vorlas, tatsächlich richtig sei. Ich habe vorgelesen, daß nach einem Berichte unseres Vertrauensmannes dort immer noch 40 bis 50 Damen, darunter noch sehr junge, wie es hier heißt, beschäftigt werden. Ich betone, Herr Kollege Dr. Roth hat mich bevollmächtigt, zu erklären, daß das so ist. Ich glaube, es ist angebracht, wenn ich verlange, daß ernsthaft versucht wird, ob hier nicht eine Arbeitsmöglichkeit für eine Anzahl stellungsloser Angestellter zu schaffen ist.

Herr Minister Heldt glaubte, einen gewissen Zweifel zum Ausdruck bringen zu müssen über den Teil meiner Ausführungen, den ich einem Briefe an die Handelskammer Leipzig entnahm. Der Herr Minister betonte, daß seines Erachtens in der betreffenden Zeitungsnotiz nicht von der sächsischen Regierung die Rede gewesen ist. Ich nehme an, daß mit diesem Hinweis nicht ein Zweifel ausgesprochen werden sollte über die Richtigkeit des von mir Vorgelesenen. Ich bin aber gern bereit, dem Herrn Minister einen Durchschlag des Briefes zu überreichen, in dem die betreffende Firma der Handelskammer Leipzig ausdrücklich schreibt, daß die nordische Finanzgruppe die Finanzierung dieses 10 000 Tonnen-Baumwollgeschäftes mit der Begründung ablehnte, daß die Behandlung der Sozialisierungsfrage seitens der bayrischen und sächsischen Regierung mißtrauisch gemacht habe. Ich betone, daß ich weiter nichts getan habe, als zum Beweise meiner Auffassung auf dieses Schreiben hinzuweisen, meiner Auffassung, die ausdrücklich darauf hinauslief, daß wir selbst all das, was wir beantragt haben, lediglich als einen Notbehelf ansehen müssen, daß wir als beste und gründlichste Lösung, als die beste Medizin, wie ich mich wört-

sich ausdrückte, eine solche Besserung unseres Wirtschaftslebens ansehen, daß die, die jetzt arbeitslos sind, wieder in ihren erlernten Beruf hineinkommen können. In dieser Beziehung fühlen wir uns mit dem Herrn Minister Heldt und mit den Herren, die dazu gesprochen haben, vollständig einig. Wenn wir das schaffen und erreichen könnten, dann würde das, was wir verlangen, gegenstandslos geworden sein. Die stellenlosen Angestellten haben nicht den Wunsch, nun etwa während langer Zeit in diese Tätigkeit einzutreten, für die ich hier gesprochen habe. Sie haben vielmehr den Wunsch, in ihrem Berufe aufwärts und vorwärts kommen zu können. Aber als einen Notbehelf, als eine aus der Not der Situation heraus geborene Notwendigkeit haben wir diesen Antrag gestellt, immer beseelt und geleitet von der Erwägung, diesen Personen zu helfen, die ohne ihr Verschulden arbeitslos sind und die auch nur auf diesem Wege von den Folgen der Arbeitslosigkeit entfernt werden können.

Gegen den Vorwurf der unsozialen Gesinnung können wir uns mit gutem Grunde verwahren. Der Wortlaut des Antrages sowohl wie die Begründung, die ich gegeben habe, sprechen ausdrücklich von einem begrenzten Personenkreise. Es sind das alle diejenigen von uns, die ihre Tätigkeit zur Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz ausüben müssen. Das ist die Rücksicht, die billigerweise verlangt werden kann. Nun bitte ich auch Sie, Rücksicht zugunsten der Arbeitslosen zu üben und allen Schritten zuzustimmen, alle Schritte zu fördern, die dazu führen können, den stellungslosen Handlungsgelhilfen wieder zu angemessener Tätigkeit zu verhelfen.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

**Vizepräsident Dr. Dietel:** Wir kommen zur Abstimmung.

Will die Kammer gemäß dem Antrage Brost und Genossen beschließen, den Antrag, Drucksache Nr. 72, der Rechenschaftsdeputation zu überweisen?

Ich nehme an, daß die Kammer damit einverstanden ist, daß auch der Ergänzungsantrag der Rechenschaftsdeputation zu überweisen ist. — Einstimmig.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 2 Minuten nachmittags.)

Druck von B. G. Teubner in Dresden.

Letzte Absendung zur Post: am 14. April 1919.

Hilf. Sax. J

ohne Nr.